

Bitkom e.V. | Presseinformation

Wie Deutschland "Cash only" hinter sich lässt

- Bitkom unterstützt Koalitionsvorhaben für flächendeckende Wahlfreiheit beim Bezahlen
- Positionspapier macht konkrete Umsetzungsvorschläge
- Komfort, Kundenbindung, Steuereffekte: Erfolgreiche Umsetzung in anderen europäischen Ländern zeigt Machbarkeit und Vorteile

Berlin, 27. Oktober 2025 - Ob beim Bäcker, in der Pizzeria, beim Friseur oder bei Behördengängen: Noch immer stoßen Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland auf Situationen, in denen digitale Zahlungen nicht akzeptiert werden. Rund drei Viertel (74 Prozent) stört es in einer repräsentativen Bitkom-Umfrage unter 1.004 Personen ab 16 Jahren in Deutschland, nur mit Bargeld zahlen zu können. Entsprechend wünschen sich 70 Prozent, dass Geschäfte gesetzlich verpflichtet werden, neben Bargeld mindestens eine elektronische Bezahlmöglichkeit anzubieten. 98 Prozent der Deutschen zahlen zumindest hin und wieder kontaktlos mit Karte, Smartphone oder Smartwatch.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen sicherzustellen, dass überall vor Ort sowohl Bargeld als auch mindestens eine digitale Zahlungsoption angeboten werden müssen. Auch der Bundesrat hatte kürzlich eine verpflichtende digitale Zahloption gefordert. Im neuen Positionspapier "Wahlfreiheit beim Bezahlen – ein Umsetzungsvorschlag" untermauert Bitkom die Forderung und zeigt auf, wie echte Wahlfreiheit beim Bezahlen umgesetzt werden kann.

Konkret schlägt Bitkom vor, dass alle Geschäfte, Dienstleister und Behörden gesetzlich verpflichtet werden, mindestens eine digitale Zahlungsmethode anzubieten. Die gesetzliche Verankerung soll in bestehende Rechtsrahmen integriert werden, insbesondere in das Bürgerliche Gesetzbuch und in die Gewerbeordnung. Die Regelung sollte technologieneutral gestaltet sein, sodass alle gängigen Bezahlverfahren – von Karten über Smartphones bis hin zu digitalen Wallets – gleichwertig genutzt werden können. Für kleine oder besondere Betriebe, wie gemeinnützige Organisationen oder temporäre Märkte, könnten Ausnahmen geschaffen werden, um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden.

Ergänzend können flankierende Maßnahmen, etwa steuerliche Anreize und Förderprogramme, die Einführung einer ergänzenden digitalen Bezahloption unterstützen und Anreize für eine schnelle Umsetzung schaffen. Zudem sollten Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Handel gleichermaßen über die Vorteile digitaler Zahlungsmethoden aufgeklärt werden.

Denn digitale Zahlungen bringen dabei Vorteile für alle Beteiligten: Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren von mehr Komfort, Schnelligkeit und Sicherheit beim Bezahlen, während Händler durch die Akzeptanz digitaler Zahlungen Umsatz und Kundenbindung steigern können. Gleichzeitig profitiert die Gesellschaft insgesamt durch mehr Transparenz im Zahlungsverkehr, eine Verringerung der bargeldbasierten Schattenwirtschaft und höhere Steuereinnahmen. Digitale Bezahlmethoden stärken die Wirtschaft und fördern Innovationen.

Zudem beschreibt das Papier Erfahrungen in anderen Ländern wie Belgien, Polen und Italien, in denen digitale Zahlungsmethoden bereits gesetzlich verpflichtend eingeführt worden sind. Dort wurden digitale Zahlungen erfolgreich in den Alltag integriert, häufig begleitet von Maßnahmen, die kleinere Unternehmen entlasten. Diese Beispiele verdeutlichen, dass eine flächendeckende Wahlfreiheit beim Bezahlen auch in Deutschland umsetzbar ist und einen Mehrwert für Verbraucherseite, Unternehmen und die Gesellschaft schafft.

Das Positionspapier "<u>Wahlfreiheit beim Bezahlen – ein Umsetzungsvorschlag</u>" steht zum Download bereit.

Kontakt

Merle Wiez

Pressereferentin

Telefon: +49 30 27576-274 E-Mail: <u>m.wiez@bitkom.org</u> <u>Download Pressefoto</u>

Alina Stephanie Bone-Winkel

Bereichsleiterin Digital Banking & Financial Services <u>Download Pressefoto</u> <u>Nachricht senden</u>

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Deutschland-Cash-only-hinter-sichlaesst